

Das Gespenst „Antisemitismus“ war immer da

Alex G. Elsohn sprach bei der Eröffnung der „Woche der Brüderlichkeit“ in Haus Siekmann klare Worte

-hat- **SENDENHORST.** „Über 90 Prozent der antisemitischen Straftaten gehen auf das Konto von Deutschen.“ Mit dieser Feststellung, die Alex G. Elsohn am Ende seines Vortrags am Sonntag wiederholte, schockierte der Representative Director der Universität Tel Aviv für Nordwesteuropa seine Zuhörer bei der Eröffnung der „Woche der Brüderlichkeit“ im Haus Siekmann.

Elsohn, aus seiner langjährigen Arbeit für das israelisch-palästinensische Bildungs- und Begegnungszentrums für seine Aussöhnungsarbeit bekannt, verwies darauf, dass die Zahl der antisemitischen Vorfälle in Deutschland in den vergangenen Jahren nicht überproportional gestiegen sei. Im Vergleich zum Jahr 2006, wo über 1800 solcher Delikte registriert worden waren, sei es sogar ein deutlicher Rückgang. Verändert habe sich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit. Als einen der Gründe dafür bezeichnete

Elsohn die Reaktionen auf den Gaza-Krieg im Sommer des vergangenen Jahres, als im Zuge von Demonstrationen

gegen Israel und sein Vorgehen gegen die Palästinenser auch offen antisemitische Parolen skandiert wurden.



Alex G. Elsohn sprach bei der Eröffnung der Woche der Brüderlichkeit in Sendenhorst über zunehmend spürbare Judenfeindlichkeit.

Foto: Dierk Hartleb

den. Dabei hätten sich Demonstranten muslimischen Glaubens in besonderer Weise hervorgetan, die zwar vergleichsweise wenige Straftaten begangen hätten, die den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllten, die aber dafür umso schwerwiegender gewesen seien.

„Das Gespenst des Antisemitismus ist nicht zurückgekehrt, sondern er war immer da“, folgerte Elsohn, der in Berlin und Tel Aviv lebt. Energisch widersprach der Redner auch der nach dem Aufkommen von Pegida in Dresden und anderen Städten geäußerten Auffassung, der Antisemitismus sei in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Dort sei er schon immer gewesen, stellte Elsohn nüchtern fest, nur habe man es nicht wahrhaben wollen.

Auch in die öffentliche Debatte um die Frage, ob der Islam zu Deutschland gehöre, in der sich vermeintlich liberale Kreise immer auf die christlich-jüdische Tradition

Europas berufen, mischte sich Elsohn ein, in dem er ausführte, dass diese Aussage nur eine Rechtfertigung für Ausgrenzung sei. Er kritisierte jede Form von Ausgrenzung und Diskriminierung von Minderheiten, seien sie religiöser, ethnischer oder sexueller Natur.

Kritik übte der Referent auch an der Aussage des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Michael Müller, der den Appell des Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, Dr. Josef Schuster, in bestimmten Stadtteilen wie Berlin-Neukölln auf das Tragen einer Kippa zu verzichten, mit den Worten kommentierte hatte, das nehme er so nicht wahr. Mehr Verantwortungsgefühl habe seine Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen gezeigt, als sie sagte, dass die Anfeindung von Menschen, die sich durch das Tragen religiöser Symbole angreifbar machten, generell und nicht auf Stadtteile beschränkt sei.